

Premiere: Privater Investor baut Gymnasium

20-Millionen-Projekt in Schwarzenbek beschlossen – Stadt will Neubau mieten – Regierung: Vorbild für andere Kommunen

SCHWARZENBEK/KIEL – Das ist neu in Schleswig-Holstein: In Schwarzenbek will erstmals ein privater Investor ein Gymnasium inklusive Sporthalle bauen und betreiben. Über einen Leasingvertrag geht das Gebäude nach 25 Jahren in den Besitz der Stadt über. Beim Land wünscht man sich mehr solcher privaten Finanzierungsmodelle.

VON MARC VON KOPYLOW
UND JULIA PAULAT

Im Kreis Herzogtum Lauenburg werden neue Wege beschritten: Die Stadtverordnetenversammlung von Schwarzenbek hat sich mit großer Mehrheit für eine öffentlich-private Partnerschaft (public-private-partnership = PPP) beim Bau eines neuen Gymnasiums entschieden. Aus 20 Bewerbungen wurde die Bietergemeinschaft Müller-Altwater (Stuttgart)/Kind Gebäude-management GmbH (Reinbek) ausgewählt. Sie soll mit Planung und Bau der Ganztags-

schule beauftragt werden. Das Investitionsvolumen liegt bei rund 20 Millionen Euro. Dazu kommen Betriebskosten für 25 Jahre. Die Gesamtkosten konnten durch das private Angebot um rund 13 Prozent gesenkt werden. Die wachsende Stadt stand vor der Wahl, ihr altes Gymnasium zu erweitern oder ein neues zu bauen.

Von Land und Kreis gibt es Finanzierungszusagen über 8,5 Millionen Euro, von denen die Stadt einen Teil der Leasing-Kosten bezahlen kann. Nach 25 Jahren geht das Gymnasium in den Besitz der Stadt über. „Die Gesamtkosten sind deutlich niedriger als bei konventioneller Realisierung“, begründet Bürgermeister Frank Ruppert (parteilos) die Entscheidung. Dabei stützt er sich auf Bewertungen von Wirtschaftsberatern. Diese hätten gezeigt, dass das neuartige Finanzierungsmodell auch im Schulbereich die wirtschaftlichere Variante sei. Die exakte Höhe der Leasingrate wurde gestern noch nicht ge-

nannt, da die Verträge erst am 12. Mai unterzeichnet werden. Bereits vor zwei Jahren hatte die Stadt Reinfeld (Kreis Stormarn) mit einem ähnlichen Modell eine Gesamtschule errichten lassen, ohne allerdings auch den privaten Betrieb zu vereinbaren.

„Wir brauchen mehr solcher Modelle. Dabei werden Investitionen losgetreten, das schafft Arbeit und bringt Steuern in die Kasse.“

Finanzminister Rainer Wiegard

Im Kieler Finanzministerium beobachtet man die Entwicklung mit Begeisterung. „Wir brauchen mehr solcher Modelle“, sagt Finanzminister Rainer Wiegard (CDU). „Dabei werden Investitionen losgetreten, das schafft Arbeit und bringt Steuern in die Kasse.“ Wiegard

kann sich vorstellen, mit privaten Partnern nicht nur Schulen, sondern auch Straßen zu bauen. Damit könnte das Land bis zu 25 Prozent der Kosten sparen.

Auch Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave (SPD) spricht von einem „guten Projekt“. Weitere sollen folgen: Die Stadt Kiel plant den Umbau des Berufsbildungszentrums ebenfalls mit privater Beteiligung. Die Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Kreis Segeberg) will eine neue Grundschule mit privaten Investoren errichten. „PPP-Modelle sind eine gute Lösung – aber nicht die Rettung aus aller Not“, warnt der dortige Verwaltungschef Volker Dornquast, zugleich Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages. Schließlich sei das eine verdeckte Kreditaufnahme.

In Schwarzenbek soll im November mit dem Bau begonnen werden, mit der Fertigstellung wird 2008 gerechnet. Zuvor war zwei Jahre lang über die Finanzierung diskutiert worden.

Kommentar S. 2, Bericht S. 3

KOMMENTARE

Privater Investor baut Gymnasium

Weg in die Zukunft

VON HANNO HANNES

Schwarzenbek macht vor, wie sich auch in Zeiten klammer kommunaler Kassen Investitionen in Bildung verwirklichen lassen. Nicht dass die 15 000-Einwohner-Stadt aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg ein Gymnasium baut, ist das Besondere, sondern das Wie. Ein privater Investor stellt die Schule hin und betreibt sie. Bei Autos ist Leasing längst üblich. Bei öffentlichen Gebäuden zeigt es einen Weg aus der Finanzmisere.

Das Lob aus Kiel ist daher wenig verwunderlich. Denn aus eigener Kraft kann das Land selbst im Bereich seiner Kulturhoheit kaum noch etwas bewegen. Bemerkenswert am Schwarzenbeker Projekt ist auch, dass der Investor die Schule betreiben wird. Er wird für die Dauer von 25 Jahren Schäden am Gebäude schnell und gründlich beseitigen, damit ihm später keine höheren Kosten entstehen. Wer die Schlaglochpisten im Land kennt, wünscht sich dieses Verfahren auch in anderen Bereichen. Es darf aber nicht mit einem Maut-System wie beim Herrentunnel verwechselt werden. Denn dort zahlen nur die Nutzer, und in Schwarzenbek zahlt die Stadt – also alle. Und laut Modellrechnung sogar weniger als bei herkömmlicher Finanzierung über Kredite. Viele Amtskollegen werden Schwarzenbeks Bürgermeister Frank Ruppert folgen.

Sparen mit privater Hilfe

Das Gymnasium Schwarzenbek ist erst der Anfang. Private Firmen werden in Schleswig-Holstein immer mehr öffentliche Gebäude bauen und betreiben.

VON RÜDIGER WENZEL
UND JULIA PAULAT

Die Landesregierung Schleswig-Holstein setzt auf öffentlich-private Partnerschaften. „Wir brauchen schnell solche Modelle“, sagt Finanzminister Rainer Wiegard (CDU). Man zahle weniger und habe auch noch Planungssicherheit. Schließlich sind die Leasingraten über Jahre festgeschrieben. In Regierungskreisen hofft man, auf diesem Weg trotz der leeren Kassen von Land, Städten und Gemeinden die öffentliche Infrastruktur erhalten und ausbauen zu können.

Einen Eindruck gewann Wiegard erst vor wenigen Wochen, als er mit dem Finanzausschuss des Landtages nach London reiste. England gilt als Vorreiter für öffentlich-private Finanzierungsmodelle (public-private-partnership = PPP). Dort bekam die Gruppe aus Schleswig-Holstein eine Schule zu sehen, die in einem Problem-Viertel mit hohem Ausländeranteil als PPP-Projekt errichtet worden war. „Die Präsenz der Schüler ist auf 84 Prozent gestiegen, weil sie so gern zur Schule kommen“, berichtet Wiegard.

Sein Haus plant nun, 50 Bürgermeister aus Schleswig-Holstein zu einer Reise ein-



13,4 Prozent billiger werden der Bau und die Betriebskosten des Gymnasiums Schwarzenbek dem Staat kommen, wenn eine private Investorengemeinschaft es baut und betreibt. Um so viel liegt das Angebot der Investoren unter den ursprünglich veranschlagten Baukosten von 23,8 Millionen Euro plus Betriebskosten. Foto: BÖTTGERVANO-PRESS

zuladen – um sich PPP-Projekte in anderen Bundesländern anzusehen. Nach Ansicht von Wiegard ließen sich damit nicht nur Schulbauten, sondern auch Straßen finanzieren. Auch der Schleswig-Holsteinische Gemeindeflag (SHGT) begrüßt derartige Finanzierungsmodelle. „Die Privaten können oft günstiger bauen, weil sie nachverhandeln können“, sagt SHGT-Vorsitzender Volker Dornquast. Die öffentlichen Ausschreibungsregeln indes würden dies verbieten. In Henstedt-Ulzburg, wo Dornquast Bürgermeister ist, wird

derzeit über den Bau einer Grundschule als PPP-Projekt diskutiert. „Das ist insgesamt ein guter Weg“, so Dornquast. Derzeit vor einem Jahr hat die Kieler Regierung veranlasst, dass die Investitionsbank (IB-Bank) ein „Kompetenzzentrum Öffentlich-Private Partnerschaften“ eingerichtet hat.

Milliarden Euro selbst als „die führende Spezialbank Europas für Immobilien und Staatsfinanzierung“ bezeichnet, hat im Unternehmensbereich „Öffentliche Finanzen“ die Privat-Public-Partnership-Modelle zu einem Schwerpunkt gemacht.

Das Kieler Kompetenzzentrum der IB-Bank hat einen hohen Stellenwert, sagt Klaus Rave, Vorstands-Mitglied der Bank. Die Entwicklung von PPP-Projekten wie dem Schul-Neubau in Schwarzenbek sei eine „ganz wesentliche neue Aufgabe“. Neun Spezialisten beschäftigen sich damit.

Schulen seien ein Schwerpunkt. In Kiel zum Beispiel soll die Umgestaltung des Berufsschulwesens in öffentlich-privater Partnerschaft durchgeführt werden, in Lübeck wird bei Neuordnung der Berufsschulen auch über dieses Modell nachgedacht. Als Königsweg gilt die Schwarzenbeker Variante: Private Firmen übernehmen die komplette Bewirtschaftung der Gebäude und Grundstücke. So bleibt den Kommunen das Risiko erspart, billig gebaute Gebäude nach 15 Jahren auf eigene Kosten teuer sanieren zu müssen.

Aber auch der Herrentunnel unter der Tyave wird nicht das einzige privat finanzierte öffentliche Verkehrsprojekt in Schleswig-Holstein bleiben – egal ob die Fehmarn-Belt-Brücke je gebaut wird oder nicht. In Dithmarschen sollen Straßenbau und Straßenunterhaltung im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft organisiert werden. Die Planungen laufen jedenfalls schon, berichtet das Kieler Finanzministerium.

So neu die PPPs beim Schulbau sind: In der Wissen-

schaft haben sie Tradition – wenn auch nicht unter diesen Namen. An zahlreichen Universitäten werden Professuren, sogar ganze Studiengänge als sogenannte Stiftungsprofessuren von privaten Geldgebern eingerichtet und zumindest für einige Jahre finanziert. An der Lübecker Universität zum Beispiel hat Dräger schon in den 90ern drei Jahre lang die Professur für Medizintechnik finanziert, Kernzelle des Instituts für Medizintechnik, das Prof. Ewald Konecny dann aufbaute – mit Hilfe von vielen so genannten Drittmitteln aus der Wirtschaft und in einem Gebäude, das die Possehl-Stiftung der Uni gestiftet hatte.

PPPs sind auch Initiativen wie „Schulen ans Netz“, vor zehn Jahren gegründet vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Deutschen Telekom/T-Online. Aufgabe des gemeinnützigen Vereins ist, den Schulen kostenlose Internet-Zugänge zur Verfügung zu stellen und für die notwendige Ausstattung mit Computern zu sorgen. Zu den Mitgliedern des Vereins zählen neben staatlichen Institutionen die Computer- und Software-Firmen AVM (Hersteller der Fritz!Card und Fritz!Box), Linux-Spezialist Novell und Datenbank-Riese Oracle.

Droht mit den PPPs die Kommerzialisierung öffentlicher Einrichtungen? Es sei „nicht Sinn der Sache“, sagt IB-Chef Rave, dass die Firmen die eine Schule bauen und bewirtschaften, dort auch Werbung für sich machen. Verboten sei es aber nicht. „Das müssen die Schulträger entscheiden.“ Fritz Berner, Geschäftsführer der Stuttgarter Unternehmens Müller-Altwater, das als Teil einer Investorengemeinschaft das Schwarzenbeker Gymnasium bauen und betreiben wird, lässt keine Neigung erkennen, dort Werbung zu platzieren: „Das ist nicht unser Bestreben. Wir sind Dienstleister.“